Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 41 (1947)

Heft: 12

Artikel: Weltrundschau : die feindlichen Fronten ; Kapitalismus und Krieg ; Russlands Bedrohung ; Die Folge : Diktatur ; Die Menschenrechte hören auf ; Einige Folgerungen ; Die Ereignisse ; Ausblick

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-138998

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sie alle waren so unbeteiligt und unschuldig in bezug auf das politische Geschehen wie wir. Und dasselbe ist in ungeheurem Maßstab geschehen in Polen, wo die Zahl der Deportierten nach der Teilung Polens eine Million betrug. Ich verweise noch einmal auf das Dokumentarwerk «Die dunkle Seite des Mondes»[6].

Diese Schuld der Sowjetunion ist durch nichts aufzuwiegen[7]. Die These, daß die Sowjetunion ein besonderes Recht auf Mißtrauen gegenüber der übrigen Welt hätte, läßt sich nicht halten. Hingegen gibt es Völker, denen man es nicht verübeln kann, wenn sie in tiefstem Mißtrauen gegen Osten schauen. Mißtrauen soll nicht das letzte Wort sein. Wenn wir aber glaubend und hoffend nach Osten schauen, dann gilt unser Vertrauen niemals den Despoten, sondern ihren Opfern, unter denen ihre eigenen Völker am tiefsten zu bedauern sind.

Paul Trautvetter.

Weltrundschau

Die feindlichen Fronten Im Rückblick auf das scheidende Jahr 1947 treten für den Beobachter vor allem drei Hauptzüge der Weltentwicklung hervor, die selbst wieder untereinander aufs engste verbunden sind. Einmal der immer noch wachsende, anscheinend hoffnungslose Gegensatz zwischen den *Westalliierten*, besonders den Vereinigten Staaten von Amerika, und der *Sowjetunion*, wobei der Westen politisch wie militärisch klar überlegen und im Vorstoß begriffen ist, während sich Rußland auf der ganzen Linie zurückgedrängt, ja in die Enge getrieben sieht. Sodann die zunehmende Verschärfung des Kampfes zwischen dem von Amerika geführten *gegenrevolutionären Kapitalismus* und dem sich auf die Sowjetunion stützenden *revolutionären Kommunismus*, wobei wiederum die Angriffigkeit des ersten und die Verteidigungshaltung des zweiten, die sich oft hinter kopflosen und heftigen Herausforderungs-

[6] «The dark side of the moon», Scribner's Sons, New York 1947.

[7] Auch nicht durch die Berichte aus Griechenland. Man muß übrigens bedenken, daß in Griechenland Krieg ist. Es ist nicht dasselbe, wenn mitten im Frieden Parlamentarier umgebracht werden. Wir möchten aber auch sonst vorsichtig sein in bezug auf die von kommunistischer Seite kommenden Berichte aus Griechenland. Wir möchten nicht zum zweiten Male so irregeführt werden, wie wir in bezug auf Jugoslawien irregeführt worden sind. Wir haben es einmal geglaubt, daß Tito ein Freiheitskämpfer sei, nun wissen wir, daß er ein Duodezdiktator nach russischem Muster und unter russischer Vormundschaft ist, bei dem allerdings der Terror nicht hinter seinen Vorbildern zurücksteht. – Wir haben in bezug auf die Beurteilung der griechischen Dinge einstweilen zu der englischen Labour-Regierung mehr Vertrauen als zu den rußlandhörigen Partisanen.

aktionen verbirgt, unverkennbar sind. Und schließlich das neuerliche Vordringen *autoritär-diktatorischer Staatsformen und Bewegungen* mit entsprechender Einengung des Lebensraumes der politischen und persönlichen Freiheit: «Aus der Welt die Freiheit verschwunden ist, man sieht nur Herren und Knechte.»

Auch die Ereignisse des Jahresendes bestätigen nur das Bild, das sich uns schon das ganze Jahr über geboten hat. Die Generalversammlung der *Vereinten Nationen* in Neuyork ist, gelähmt durch den Gegensatz West–Ost, auseinandergegangen, ohne Wesentliches erreicht zu haben, abgesehen etwa von dem Beschluß, Großbritannien sein Mandat über Palästina abzunehmen und das wieder so heiß umkämpfte Land zwischen Juden und Arabern aufzuteilen. Und auch dieser als «wirkliche Tat», als «leuchtendes Beispiel für die Leistungsfähigkeit der Weltsicherheitsorganisation» gepriesene Beschluß, der nur durch die «wunderbare» Übereinstimmung der russischen und der amerikanischen Interessen möglich geworden ist, wird überschattet von der durch Großbritanniens starrsinnige Neutralitätspolitik (die in Wahrheit zugunsten der Araber spielt) eröffneten Aussicht auf einen jüdisch-arabischen Krieg und von der Furcht der Amerikaner, die Sowjetunion werde einen solchen Krieg benützen, um, durch Persien, Irak und Transjordanien hindurchstoßend, Palästina militärisch zu besetzen[1].

Auch die gegenwärtig in London tagende Konferenz der *alliierten Außenminister* droht ergebnislos zu bleiben. Die Wahrscheinlichkeit, daß es den großen Vier gelingen werde, den Friedensvertrag mit Österreich unter Dach zu bringen, den Grund für eine politische und wirtschaftliche Neuordnung Deutschlands zu legen und einen Schutzvertrag gegen eine neue militärische Erhebung Deutschlands abzuschließen – das sind ja ihre Hauptaufgaben –, ist in dem Augenblick, da ich schreibe, auf ein Mindestmaß zusammengeschrumpft. Die Russen wollen nicht auf die westalliierten Vorschläge eintreten, solange sie dahinter die Absicht wittern, Deutschland und Österreich dem politisch-wirtschaftlichen System des Westens anzuschließen und sie zu Bollwerken gegen die Sowjetunion auszubauen, während die Westalliierten die russischen Projekte ablehnen, weil sie argwöhnen, die Moskowiter wollten ja doch nur Deutschland und Österreich als Ganzes dem Ostblock eingliedern und von hier aus auch West- und Südeuropa bolschewisieren.

Daß dies die Lage ist, aus der üblicherweise Kriege hervorbrechen, bedarf keines weiteren Wortes mehr. Wenn es *nicht* zu diesem äußersten Weltunglück kommen soll, ist es vor allem und immer wieder nötig, zunächst einmal *Klarheit* und *Wahrheit* über die Entstehung

---

[1] Der amerikanische Radiokommentator Walter Winchell verzeichnet sogar, wohl im Blick auf diesen finsteren russischen Plan, das Gerücht, die Choleraseuche in Ägypten sei nur ein militärisches Experiment Stalins.

der gegenwärtigen Lage und über die bewegenden Kräfte in den beiden Lagern zu verbreiten. Ich suche das hier in meinen Monatsübersichten nach bester Einsicht fortlaufend zu tun und möchte dazu auch im Rahmen dieser Jahresrückschau beitragen, zumal der Aufsatz von Pfarrer Trautvetter im Novemberheft «Wo liegt die Gefahr?» einer Erwiderung dringend ruft. Die dort vertretene Auffassung ist, ganz kurz gesagt, etwa die: Die entscheidende Kriegsgefahr liegt heute nicht im Kapitalismus (dessen Zentralfestung ja Amerika ist), sondern in der politischen Diktatur, im Nationalismus und im Militarismus, die auch für den ersten und zweiten Weltkrieg verantwortlich sind; im besonderen ist die Sowjetunion keineswegs vom Westen her bedroht, vielmehr suchen die russischen Machthaber eine solche Bedrohung ihren Völkern nur vorzuspiegeln und werden sie nötigenfalls geradezu absichtlich heraufbeschwören, um sich durch diesen Gauklertrick am Ruder zu halten; Voraussetzung allen Friedeschaffens ist darum, daß in erster Linie einmal die politische Diktatur und der totalitäre Imperialismus der Sowjetunion von Grund aus überwunden werden.

Kapitalismus und Krieg Prüfen wir, soweit unser sehr beschränkter Raum das gestattet, diese verschiedenen Behauptungen, zunächst diejenige, daß die Kriegskräfte in unserer Zeit überall anders, nur nicht im Kapitalismus zu suchen seien. Diese Auffassung ist typisch *liberalistische* Denkweise, jene Denk- und Anschauungsweise, die vor allem für die *politischen* und *rechtlichen* Formen von Freiheit und Unfreiheit ein Auge hat, hingegen für die *wirtschaftliche* und *soziale* Diktatur, die der Kapitalismus auch in seiner liberalsten Gestalt, erst recht aber in seiner monopolistischen Spätform, darstellt und die von hier aus mehr und mehr, wennschon oft verschleiert und demokratisch maskiert, zur politischen Diktatur wurde, merkwürdig farbenblind ist. In der Schweiz wird diese Denkweise gegenwärtig ja besonders von Prof. W. Röpke vertreten, der mit allen Mitteln, namentlich durch eine völlige Verzerrung des Wesens und Sinnes der Gemeinwirtschaft, die Aufmerksamkeit von der Aufgabe abzulenken sucht, den Kapitalismus zu überwinden, und das bestehende Wirtschaftssystem nach Kräften idealisiert, dabei vornehmlich auch seinen kriegserzeugenden Charakter erbittert ableugnend. *Sozialistischer* Anschauungsweise entspricht es demgegenüber, im Kapitalismus nicht bloß ein Menschenleiber und -seelen erbarmungslos zerstampfendes Wirtschaftssystem zu sehen (Herman Greulich hat einmal, in Anlehnung an ein im britischen Unterhaus gefallenes Wort, festgestellt, daß die junge Industrie der Schweiz «in fünfzig Jahren vier Generationen von Arbeitern verbraucht» habe), sondern auch eine Hauptwurzel der Völkerkonflikte

und der blutigen Kriege. Die klassische Lehre vom Sozialismus, im Zeitalter des aufsteigenden Frühkapitalismus entstanden, hat dabei das Gewicht fast ausschließlich auf die kriegserzeugenden Wirkungen gelegt, die von dem Zwang der kapitalistischen Wirtschaft ausgehen, sich gewaltsam *Absatzmärkte* im Ausland zu öffnen und überseeische *Rohstoffgebiete* zu sichern (Handels- und Kolonialkriege). Auch in der religiös-sozialen Bewegung ist diese Seite des kapitalistischen Regimes immer mit Nachdruck hervorgehoben worden; Leonhard Ragaz hat noch in einer seiner letzten Schriften («Die Schweiz im Kampf um den Frieden») festgestellt:

«Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, welche auf dem Kampf des individuellen und kollektiven Egoismus, der Ausbeutung und Versklavung des Menschen durch den Menschen beruht, erzeugt mit Notwendigkeit den Krieg aller gegen alle, und sie muß durch eine Ordnung ersetzt werden, welche auf die Solidarität, das Zusammenwirken, die Achtung vor dem heiligen Recht des Menschen und der Menschengemeinschaft gegründet ist.»

Im Zeitalter des Hochkapitalismus hat dann besondere Bedeutung die Ausfuhr von *Kapitalgütern* (Maschinen, Eisenbahnen, Hafenanlagen usw.) und die Erwerbung von Wirtschaftsmitteln und Ausbeutungsmöglichkeiten in *zurückgebliebenen Ländern* durch politischen und militärischen Machteinsatz gewonnen; am Ausbruch des ersten Weltkrieges hatte diese imperialistische Praxis einen wesentlichen Anteil. Sie spielte ihre Rolle dann auch bei der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges; doch traten in der Zwischenkriegszeit, die den Kapitalismus bereits in offener Krise und im deutlichen Niedergang sah, mehr und mehr drei andere kriegserzeugende Kräfte der kapitalistischen Wirtschaft in den Vordergrund.

1. Der fortschreitende Zusammenbruch der halbwegs liberalen Weltwirtschaft trieb den Kapitalismus der Länder mit hochentwickeltem Produktionsapparat, aber ohne ausreichende Rohstoff- und Absatzmärkte, besonders Deutschlands und Japans, aber in geringerem Grade auch Italiens, zu dem Versuch, sich wirtschaftlich selbst genügende und damit auch eine gewisse politische Unabhängigkeit gewährleistende *Großreiche zu erobern*. Das Werkzeug zur Erreichung dieses Zieles war die faschistische Diktatur, deren Aufgabe – außenpolitisch gesehen – darin bestand, eine möglichst leistungsfähige Kriegs- und Herrschaftsmaschine im Dienst eines aggressiven Kapitalismus aufzubauen.

2. Militärische Aufrüstung und Kriegsproduktion großen Stils wurde gleichzeitig für den Kapitalismus dieser Länder zu einem Hauptmittel, um die katastrophale Einschrumpfung des Absatzes von *Friedensgütern* auszugleichen. «Flucht aus der Krise in den Krieg», «die Krise mit Kanonen aus der Welt schießen» – es genügt wohl, diese vielangeführten Losungen hier zu wiederholen, um eine beson-

ders verhängnisvolle Seite der kriegstreiberischen Wirksamkeit des Kapitalismus wenigstens anzudeuten.

3. Innenpolitisch betrachtet war die faschistisch-nazistische Diktatur vor allem ein Werkzeug der *Gegenrevolution*, der gewaltsamen Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Wenn also «das den Frieden bedrohende, weil den Krieg durch Ausschaltung des Volkswillens ermöglichende Element des Faschismus die Diktatur ist» und die Diktatur ihrerseits im Dienste des Kapitalismus steht, so ist hier der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg besonders klar. Er wird noch klarer, wenn man sich die nun einfach unbestreitbare Tatsache vergegenwärtigt, daß die westlichen Demokratien ihren Charakter offen verleugnet und weithin selber den Geist und die Methoden der politischen Diktatur übernommen haben, indem sie den Faschismus und Nazismus absichtlich groß werden ließen und ihn, bis es zu spät war, vor jeder ernstlichen Behinderung seiner Eroberungsunternehmungen schützten. Dies darum, weil der Faschismus eben auch für die herrschenden Klassen der westlichen «Demokratien» das stärkste Bollwerk der Gegenrevolution und der gegebene Rammbock zur Zertrümmerung der Sowjetunion war, die natürlich auch ein klassenpolitisches Ziel des *deutschen* Kapitalismus war. Die westalliierten Regierungen ordneten in der Tat während der entscheidenden Jahre die national notwendige Abwehr des deutschen wie des japanischen und italienischen Imperialismus der klassenbedingten Abwehr der sozialen Revolution und dem Ziel der Unschädlichmachung der Sowjetunion ganz bewußt unter. Der Klassenkampf des Kapitals war damit endgültig auf den internationalen Boden verlegt worden; an ihm zerbrachen alle Bemühungen zur Schaffung kollektiver Sicherheit gegen die Friedensbrecher, zerbrach namentlich der Völkerbund, der mit Leichtigkeit das Werkzeug zur Verhinderung des zweiten Weltkrieges hätte werden können, wenn nur die westlichen Demokratien, den Gedanken der internationalen Solidarität ernst nehmend, loyal mit der Sowjetunion zusammengearbeitet hätten, die damals die ehrlichste Vorkämpferin einer auf kollektiver Sicherheit aufgebauten Völkerordnung war.

Zusammenfassend: Der Kapitalismus entwickelt aus sich selbst heraus *direkte* Kriegskräfte; er wird aber auch *indirekt* zur Kriegskraft, indem er als faschistische Diktatur die friedensfördernden Volkskräfte ausschaltet und auch in den Ländern mit formaler Demokratie die Mittel der politischen Willensbildung (Presse, Radio, Literatur, Schulen usw., teilweise auch die Kirchen) sowie den ganzen Staatsapparat mehr und mehr in den Dienst einer Klassendiktatur stellt, die den entsprechenden offenen Diktaturen in den faschistischen Ländern planmäßig in die Hand arbeitet.

Rußlands Bedrohung All diese im Kapitalismus liegenden Kriegskräfte wirken auch jetzt, in der Nachkriegszeit, zusammen, um den einzig noch verbleibenden «Weltfeind» der kapitalistischen Demokratien, die Sowjetunion, zu erledigen. Die Leiter der russischen Politik *brauchen* daher gar nicht erst eine äußere Bedrohung ihres Staatswesens zu erfinden oder künstlich zu schaffen; die Räterepublik *ist* schon, und zwar seit ihrer Geburt, durch fremde Mächte tödlich bedroht, heute vielleicht sogar mehr als jemals früher. Wir können rückblickend vier Hauptabschnitte dieser Geschichte der Bedrohung der Sowjetunion durch den Westen unterscheiden.

1. Die Interventionskriege nach 1917. Welches Glück, daß sie gescheitert sind! Zutreffend bemerkt Zilliacus (in seinem Buch «Mirror of the present»):

«Wenn Churchills Interventionskrieg Erfolg gehabt und die Autokratie und den Militarismus in Rußland wieder hergestellt hätte, so wäre Europa schon nach der ersten Nachkriegskrise vom Faschismus überrannt worden, der zweite Weltkrieg wäre verschiedene Jahre früher ausgebrochen, und das reaktionäre Rußland hätte gemeinsam mit Nazideutschland die Alliierten bekriegt. Die Demokratie und die westliche Kultur hätten diesen Krieg sicher verloren. Was sie letztlich rettete, das war der erfolgreiche Widerstand der russischen Revolution gegen die Vorstöße und Angriffe der selbsternannten Retter der westlichen Demokratie und Kultur.»

2. Der kalte Krieg der Westmächte gegen die Sowjetunion in den zwanziger Jahren (wirtschaftliche Boykottierung, politische Isolierung, Verweigerung wirksamer Hilfe gegen Hungersnot und Seuchen usw.) und die Begünstigung des Nazismus und Faschismus durch England und Frankreich als Werkzeug des gegenrevolutionären Kampfes gegen Rußland in den dreißiger Jahren. Davon war vorhin bereits die Rede.

3. Die Unterwühlung der Sowjetunion durch Deutschlands Fünfte Kolonne, die weitaus umfassender und gefährlicher war als die entsprechende Tätigkeit der Agenten des Dritten Reiches in Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Polen usw., und dann der Krieg Hitlers gegen die Sowjetunion, der durch den russisch-deutschen Pakt von 1939 nur hinausgeschoben, nicht verhindert worden ist und zu dem die Sowjetunion durch die Beschwichtigungspolitik Englands und Frankreichs gegenüber dem nazistischen Deutschland (mit München als Höhepunkt) geradezu gedrängt wurde. Es hätte nicht viel gefehlt, daß die Westmächte, die alles getan hatten, um das russisch-deutsche Neutralitätsabkommen zustande zu bringen, und die Rußlands Hilfsangebot an Polen um keinen Preis hatten annehmen wollen, anfangs 1941 durch Finnland von der einen und durch Armenien von der andern Seite her die Sowjetunion unmittelbar angriffen; die Pläne dafür waren schon recht weit gediehen und kamen nur dank Hitlers Einfall in Rußland nicht zur Ausführung.

4. Die jüngste Fortsetzung dieser ganzen Politik ist der vor allem von Amerika getragene politisch-wirtschaftliche Feldzug der Westalliierten und ihrer Trabanten gegen die Sowjetunion, der seit Kriegsende im Gang ist. An dieser Stelle braucht nur an die beiden Hauptkräfte erinnert zu werden, die ihn antreiben: den Ausdehnungsdrang der Märkte des Rohstoffe und Ausbeutungsmöglichkeiten suchenden amerikanischen Kapitalismus, der bei diesem Streben überall auf Rußland stößt, und den Kampf des bürgerlich-kapitalistischen Amerika gegen die soziale Revolution und für die Erhaltung oder Wiederherstellung der «freien Wirtschaft» in der Welt draußen und damit auch in den Vereinigten Staaten selbst, die im Falle einer neuen Wirtschaftskrise von unberechenbaren sozialen Erschütterungen bedroht sind. Dazu mag, wenn einmal die befürchtete Krise wirklich vor der Tür steht, auch bei der amerikanischen Geschäftswelt die Flucht in verstärkte Rüstungen, ja in den Krieg selbst kommen, wie das in den dreißiger Jahren bei Deutschland und Japan der Fall war. Schon jetzt haben ja die amerikanischen Kriegsvorbereitungen phantastische Ausmaße angenommen; schon jetzt wird das amerikanische Volk mit all den Mitteln, die die moderne Technik der herrschenden Klasse zur Verfügung stellt, planmäßig an den Gedanken der Unvermeidbarkeit eines Krieges mit Rußland gewöhnt und «alles, was an Vernunft, Gewissen und Gottesfurcht noch vorhanden wäre», in der Volksseele mit den typischen Methoden der Diktatur ausgeschaltet[1]; und schon jetzt fassen drüben die Verwegensten einen eigentlichen Präventivkrieg ins Auge, den die Vereinigten Staaten auslösen müßten, solange sie der Sowjetunion militärisch und wirtschaftlich noch klar überlegen seien. Ich weiß auf russischer Seite von nichts, das dieser amerikanischen Kriegshetze, die *wirklich* eine nicht vorhandene äußere Bedrohung zu innerpolitischen Zwecken vorspiegelt, irgendwie an die Seite zu stellen wäre. Im Licht all dieser Tatsachen erscheint jedenfalls die These, es sei umgekehrt die *russische* Regierung, die eine Kriegsgefahr erfinde und heraufbeschwöre, als das Gegenteil der Realität, als bloße Gedankenkonstruktion, der nicht Wirkliches zugrunde liegt.

Die Folge: Diktatur Für den unbefangenen Blick ist es völlig klar, daß die Russen und ihre Führer ehrlich überzeugt sind, vom Westen her ernsthaft bedroht zu sein, so wie die Sowjetunion nun schon seit dreißig Jahren immer wieder bedroht war. Das daraus quellende Mißtrauen – das übrigens, durch

[1] An einer Versammlung der Vereinigung für auswärtige Politik wurde öffentlich erklärt: «Wir müssen die Aufpeitschung der ‚Roten-Hysterie', des Kommunisten- und Bolschewikischreckens, annehmen, um das Volk für den Marshallplan reif zu machen, für die Opferung von Milliarden von Dollars zum Zwecke der Zerstörung des Kommunismus in Europa.»

jahrhundertelange Erfahrung genährt, ein Wesenszug der russischen Seele überhaupt ist – bestimmt und erklärt weithin die gegenwärtige sowjetrussische Außenpolitik. Es bestimmt und erklärt aber zu einem wesentlichen Teil auch die sowjetische Innenpolitik, vor allem die Tatsache der terroristischen Diktatur.

Lenin und die Bolschewistische Partei hatten anfangs erstaunlich demokratische und freiheitliche Vorstellungen von der Art und Weise, wie die sozialistische Revolution durchgeführt und das neue sozialistische Staatswesen aufgebaut werden solle. Aber schon der von Großbritannien und Frankreich unterstützte Versuch Kornilows, eine gegenrevolutionäre Militärdiktatur einzusetzen, drängte sie auf den Weg der putschistischen Gewalt und der Diktatur einer Minderheit. Erst recht war das die Wirkung der Interventionskriege. Der in dieser furchtbaren Zeit entstandene «Kriegskommunismus» und wirtschaftliche Nationalismus mit seinen rohen Zwangsmaßnahmen und seinem unmenschlichen Terror kann nur als die Antwort der Sowjets auf die lebensgefährliche Bedrohung der jungen Republik durch die westlich-kapitalistische Welt verstanden werden. Und als dann die offene Kriegführung gegen die Sowjetunion hatte eingestellt werden müssen, ging der Versuch, den «revolutionären Brandherd» im Osten zu ersticken, mit den Mitteln der «passiven Intervention» planmäßig weiter, mit der Wirkung, daß die russische Antwort wiederum war: Verstärkung der zentralistischen Zwangswirtschaft, rücksichtslose Durchsetzung anspruchsvoller Produktionsprogramme (Fünfjahrespläne), Ausbildung einer eigentlichen Parteidiktatur, Verschärfung des Terrors der allgegenwärtigen Geheimpolizei usw.

Ein ernsthafter Anlauf zur Demokratisierung der Sowjetunion und zur Entwicklung eines «proletarischen Humanismus» erfolgte in der Mitte der dreißiger Jahre. Er scheiterte an der Tätigkeit der Fünften Kolonne, die – teils aus Russen aller Berufe und Grade, teils aus deutschen Offizieren, Technikern und Wirtschaftsfachleuten bestehend – das Regime von innen her bedrohte und Rußland für den deutschen Angriff reif machen sollte. Die Ermordung Kirows gab das Zeichen zu jenem Gegenschlag, jener umfassenden Säuberungsaktion, deren Unmenschlichkeiten und Ungerechtigkeiten uns seitdem immer wieder zu Gemüte geführt werden, deren Ursachen man aber meistens ver-verschweigt.

Das Fazit der ganzen Entwicklung, die in ähnlicher Weise bis in den Krieg hinein und darüber hinaus weiterging, ist: Der Wille zu Diktatur und Terror bei den russischen Kommunisten ist nicht das Ursprüngliche, und die internationalen Verwicklungen, an denen die Sowjetunion beteiligt war und ist, sind nicht das sich fast zwangsläufig daraus Ergebende; es ist gerade umgekehrt: Der Kampf des bürgerlich-kapitalistischen Auslandes gegen die soziale Revolution in Rußland

ist das erste, und daraus ergab sich auf dem Boden eines Landes, das niemals so etwas wie politische Demokratie gekannt hatte, ein Diktatursystem, das im Westen diejenigen Kreise und Klassen am lautesten denunzieren, die selber zu seiner Ausbildung am meisten beigetragen haben. Statt daß, wie eine allzu formalistische Betrachtungsweise meint, die politische Demokratie im Westen die beste Friedensgarantie darstellt und die politische Diktatur die größte Kriegsgefahr, verbergen sich hinter der Fassade der westlichen Demokratie Kräfte der wirtschaftlichen und sozialen Diktatur, die zum Krieg treiben und den Friedenswillen ersticken, während die als Diktatur dastehende «und deshalb zum Krieg drängende» Sowjetunion tatsächlich eine Ordnung aufbaut, die nur im Frieden gedeihen kann, die schon heute, wirtschaftlich und sozial gesehen, stärkste demokratische Elemente aufweist und politisch nur darum so stark auf die Bahn der Diktatur abgeglitten ist, weil die äußere, von den großen historischen Demokratien ausgehende Gefahr sie direkt darauf gestoßen hat. Fast ist man versucht, zu sagen: Die Ersten werden die Letzten sein, und die Letzten werden die Ersten sein. Auf jeden Fall erwahrt sich aber auch hier wieder der jedem Sozialisten geläufige Satz, daß es nicht allein auf die äußere *Form* der Demokratie ankommt, sondern ebensosehr auf den gesellschaftlichen *Gehalt*, den sie birgt. Und Ähnliches gilt auch von der Diktatur, wobei die andere Wahrheit freilich ebenso feststeht, daß politische Diktatur die soziale Demokratie in gleicher Weise verstümmelt, wenn nicht auf die Länge überhaupt verunmöglicht, wie wirtschaftliche und soziale Diktatur die politische Demokratie verstümmelt und verunmöglicht.

Die Menschenrechte hören auf

Zum Herausstreichen der verschleierten Diktatur des «demokratischen» Kapitals gegenüber der offenen Diktatur des kommunistischen Staates sehe ich im Blick auf diese Tatsachen und Zusammenhänge wenig Anlaß. Erst recht aber muß ich es ablehnen, wenn Pfarrer Trautvetter, gegen mich polemisierend, behauptet:

«Wo die Russen hinkommen, da geht nicht nur die außenpolitische Souveränität verloren, sondern da hören die Menschenrechte auf. Darum ist es skandalöse Ungerechtigkeit oder aber Gedankenlosigkeit, wenn zwischen der Anwesenheit englischer oder amerikanischer Truppen auf fremdem Territorium, sei es in Indien oder in Griechenland, und der Anwesenheit russischen Militärs eine Parallele hergestellt wird. Dieses letztere bedeutet nämlich die Anwesenheit der Organe des Terrors, der NKVD, das heißt der alten Tscheka oder GPU; es bedeutet den Beginn der absoluten Willkür, das Aufhören jeden Rechts, es bedeutet geheime Verhaftungen, Justizkomödien, spurloses Verschwinden, unsäglichen Druck und beständige Angst. Nichts, das damit auch nur die entfernteste Ähnlichkeit hätte, kann den Angelsachsen vorgeworfen werden.»

O doch, es kann und muß ihnen sehr Ähnliches, ja Schlimmeres vorgeworfen werden! Ich will nicht näher auf die Methoden eintreten,

mit denen die Engländer bis vor wenigen Monaten *Indien* beherrscht haben; Nehru bezeichnete in einem unlängst erschienenen Buch (das Paul Furrer in der «Roten Revue» ausführlich besprochen hat) das britisch regierte Indien als Polizeistaat, in dem die persönliche Freiheit des Untertanen bestenfalls sehr prekär und in Krisenzeiten sogar ganz ausgeschaltet gewesen sei, so daß er gänzlich der Willkür der Beamten und der Polizei ausgeliefert gewesen sei. Besonders bös war es in den Jahren 1942 bis 1945. «Was damals in Indien geschah, erfuhr die Welt erst nach dem Kriege. Es gemahnte in seiner Brutalität an faschistische Terrormethoden, es war, als ob die reaktionären Imperialisten, ihrer Sache sicher, diese Gelegenheit benützen wollten, um ein- für allemal mit den ‚niggers' abzurechnen.» (P. Furrer.)

Aber das gehört ja nun zum Glück endlich der Vergangenheit an. Der *Gegenwart* gehört leider das Schreckensregiment an, das die Regierung Churchill im Dezember 1944 mit Waffengewalt in *Griechenland* eingesetzt hat, und das in verdoppelter Grausamkeit aufgelebt ist, als zu Beginn dieses Jahres die große amerikanische Finanzhilfe an die griechische Reaktion kam. Aus der Fülle der Zeugnisse, die darüber vorliegen, seien hier nur zwei erwähnt. Einmal eine Stelle aus einem Brief, den der griechische Journalist Th. Doganis dem «New Statesman» schrieb:

«Der Generalsekretär der EAM, Partsalides, der Generalsekretär der griechischen Bauernpartei, Gavrilidis, und weitere 15 000 demokratische Bürger von Athen, Männer und Frauen, wurden in der Nacht vom 9. Juli von der Polizei aus den Betten geholt und geradenwegs in die Verbannung geschickt. Sie wurden von dem damaligen Minister der öffentlichen Ordnung, Zervas, en bloc der Verschwörung zum Sturze des Regimes durch eine bewaffnete Erhebung angeklagt.»

Sodann ein Brief der Vereinigung «Nationale Solidarität» in Athen vom 7. November, in dem es heißt:

«Die Verurteilungen haben wieder zugenommen. 117 Personen sind durch Urteile der Kriegsgerichte seit dem 17. Oktober hingerichtet worden. (Ihre Zahl ist inzwischen um verschiedene Dutzend gestiegen. H. K.) Die Zahl der infolge Verurteilung durch die Kriegsgerichte Hingerichteten beläuft sich jetzt auf 2600. Die Zahl der Flüchtlinge verdoppelt sich. Durch Verordnungen der militärischen Behörden mußten 120 Dörfer in den Bergen von Evritanie (Roumeli) evakuiert werden. Die Zahl der Obdachlosen und Flüchtlinge ist dadurch auf 600 000 gestiegen. Die Zahl der Verbannten hat abgenommen, da Frauen, Kranke und alte Leute freigelassen wurden. Aber es bleiben heute noch mehr als 8000 Personen in der Verbannung. Davon befinden sich 2500 in Ai-Strati, einer öden Insel, wo sie in Zelten und ohne genügende Decken leben. Außerdem befinden sich in den Konzentrationslagern der verlassenen Insel Yioura in den Kykladen 7500 politische Gefangene. Auf der Insel Makronissos gegenüber der Stadt Laurium in Attika werden 10 000 bis 12 000 Soldaten gefangengehalten. Alle diese Menschen leben in Zelten. Infolge des herrschenden Schreckensregimentes und der ständig verübten Grausamkeiten ist ihr Zustand furchtbar. Wir bitten Sie dringend, Ihr Volk aufzuklären.»

Was hiermit wenigstens in bescheidenem Maße geschieht *für alle, die hören und sehen wollen.* Für eine Artikelserie über den Terror in

Griechenland, der durch britische Truppen und amerikanisches Geld erst ermöglicht wird, gäbe es reichliches Material. Warum lesen wir aber nur Artikelserien über den Terror in Rußland? Ist nicht unsere Entrüstung über die Schändung der Menschenrechte bisher ein wenig sehr einseitig orientiert gewesen?

Nicht viel besser als in Griechenland, wo jetzt ein von amerikanischen Offizieren kontrollierter Generalstab die Operationen gegen die Widerstandsbewegung leitet, sieht es in dem von amerikanischen Truppen vollständig beherrschten Südteil von *Korea* aus. In einem Bericht von Mark Gayn an die «New Republic» (vom 15. September 1947) ist darüber zu lesen:

«Die Polizeistreitkräfte in unserer Zone sind heute größer, als sie unter den Japanern waren... Die Militärzensur, die indirekt, aber wirksam arbeitet, hat ihr möglichstes getan, um die Berichte über Unruhen und Massenverhaftungen zu unterdrücken... Wie viele Amerikaner wissen etwas von der großen Bauernerhebung im vergangenen Herbst oder von so unbekannten Städten wie Taegu, wo mehr als 3000 Koreaner von der amerikanischen Armee kriegsgerichtlich abgeurteilt worden sind?... Von den Russen werden 300 000 Milizmänner ausgebildet. Darüber ist viel geredet worden; aber fast ganz unerwähnt geblieben sind die große Polizeitruppe, die *wir* in unserer Zone ausbilden, die privaten Terroristenarmeen, die sozusagen jeder Parteiführer der Rechten unterhält (die ‚Truppen' von Rhee werden auf 200 000 Mann geschätzt), oder die unglaubliche koreanische nationale Jugendbewegung, die 70 000 Mitglieder angibt. Mit amerikanischem Armeematerial ausgerüstet, im Besitze von 5 Millionen Yen, die ihr General Lerch geschenkt hat, und mit einem amerikanischen Armeeobersten vom Departement für innere Sicherheit als Berater operierend, wird diese unverkennbar für den Bürgerkrieg und, bezeichnenderweise, für Streikbrecherdienste ausgebildet.»

Wie man da noch behaupten kann, es sei «skandalöse Ungerechtigkeit oder aber Gedankenlosigkeit», wenn ich einen Vergleich zwischen amerikanisch-britischen und russischen Besetzungsmethoden ziehe, ist mir unerfindlich. Der Vergleich fällt nach meinem bescheidenen Urteilsvermögen sogar sehr zugunsten der russischen Methoden aus, wie sie in Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Österreich und Deutschland geübt werden. Wenigstens weiß ich nichts, was in diesen Ländern den Zuständen in Griechenland und Korea an die Seite gestellt werden könnte. Aber offenbar hat eine bestimmte Propaganda es fertig gebracht, die Verhältnisse hüben und drüben so einseitig darzustellen, daß wir das Augenmaß für die *wirklichen* Größenverhältnisse völlig verloren haben.

Und dabei ist ja das Auftreten der amerikanisch-britischen Armeen in den von ihnen besetzten östlichen Ländern (zu denen auch Japan und die Philippinen zu rechnen wären) lange nicht alles. Insbesondere Amerika arbeitet bekanntlich nicht nur mit dem Mittel der militärischen Besetzung und Beherrschung, sondern mindestens ebensosehr durch das Mittel seiner gewaltigen *Wirtschafts- und Finanzmacht*, einer Macht, die es in der ganzen Welt, von Spanien und Mexiko bis China und von Frankreich über Deutschland und Italien bis in die Türkei

und nach Arabien einsetzen kann, um Regimes und Bewegungen zu stützen, die sich um die Menschenrechte bedenklich wenig kümmern. Nicht zu reden von der Achtung, die den Menschenrechten gegenüber Negern und Liberalen, gegenüber Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschaftern in den Vereinigten Staaten selber entgegengebracht wird, wo – man denke etwa an die riesige «Säuberungsaktion», die jetzt im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Inquisitionsgerichtes, genannt Ausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe, durchgeführt wird – die herrschende Partei wirklich auf dem Wege ist, «ein Orden von fanatisch Verschworenen, von Ketzerschnüfflern und Denunzianten» zu werden, wie es in dem angeführten Artikel in bezug auf die Sowjetunion heißt. Und schließlich, wenn man von einem Regime liest, das «den Menschen das Denken durch sein offizielles ewiges Lautsprechergeschrei abgewöhnt, das Volk durch seine Presse und seine Schulen und Universitäten verdummt», so sind damit ebenfalls ausgezeichnet die Methoden charakterisiert, die gewiß nicht *nur*, aber sicher *auch* in Amerika mit raffiniertem Geschick gehandhabt werden.

Einige Folgerungen Das Gesagte führt uns zu ein paar notwendigen Feststellungen und Schlußfolgerungen. – 1. Die große *Gefahr für den Frieden* liegt heute nicht bei Rußland und seiner politischen Diktatur, sondern bei Amerika und seiner Kapitalsdiktatur. Die amerikanische Außenpolitik, die sich in den letzten zwei Jahren immer konsequenter durchgesetzt hat, ist darum nicht Abkehr von einer Politik des Appeasement, der Beschwichtigung eines angriffslustigen Gegners, zu einer Politik weitsichtiger Festigkeit; sie ist eine Politik gegenrevolutionären und imperialistischen Scharfmachertums, eine Politik der Drohung mit der gepanzerten Faust gegenüber einem zum Krieg unwilligen und unfähigen früheren Verbündeten.

2. Die Sowjetunion hat nach hergebrachten Begriffen allen Grund, sich bedroht zu fühlen und zu wehren. *Wie* sie das tut, das ist freilich falsch und unsozialistisch. Es ist *Machtpolitik*, und das heißt, daß daraus Spannungen entstehen können, die schließlich doch zum Krieg führen, besonders da die kommunistische Denkweise, einer dogmatischen Dialektik huldigend, die Zuspitzung der internationalen Klassengegensätze bis hin zum blutigen Klassenkrieg im Weltmaßstab begünstigt und die Russen einer Führung ermangeln, die mit aufbauender Phantasie einen Plan für ein fruchtbares Zusammenleben der östlichen Welt mit der westlichen zu fassen und zu verfechten wüßte.

3. Bei aller Wechselwirkung der Fehler auf beiden Seiten liegt die entscheidende Verantwortung für die Schaffung eines dauernden Friedenszustandes doch auf den *Vereinigten Staaten*. «Wie sich die Sowjet-

union zu uns verhalten wird, hängt von uns ab», sagt der konservative Engländer Crankshaw in seinem Rußlandbuch. Genauer gesagt: der Völkerfriede wird in dem Augenblick gesichert sein, da die westliche Welt ihren Kampf gegen die soziale Revolution einstellt. Der Kapitalismus ist gewiß nicht die *einzige* Kriegskraft; aber in der heutigen Lage der Welt strömen all die andern Kriegsquellen eben ganz von selber in das große Sammelbecken des Kapitalismus ein und erzeugen hier einen Druck, dessen gestaute Kraft eine unvorstellbare Katastrophe anzurichten fähig ist, wenn sie nicht rechtzeitig erschöpft wird.

4. Die politische Anarchie in der Völkerwelt wird nur in dem Maße durch eine Rechts- und Friedensordnung ersetzt werden, als auch die *wirtschaftliche* Anarchie – der Kapitalismus – überwunden und durch eine solidarische Weltplanwirtschaft ersetzt werden wird. All die Vorschläge für eine föderalistische Weltregierung, die den Zusammenhang von Kapitalismus und nationaler Souveränität übersehen, sind darum wirklichkeitsfremd und verfehlen den Weg. Sie sind sogar gefährlich, wenn ihre Befürworter diesen Zusammenhang absichtlich ignorieren, weil sie ihr «Vereinigtes Europa», ihren «Atlantikbund» oder wie sie das neue Gebilde sonst heißen, zu einem Werkzeug des Kampfes für das «freie Unternehmertum» und gegen den Sozialismus, insbesondere auch gegen die Sowjetunion, machen möchten.

5. Wenn dem Westen ernstlich daran gelegen ist, daß die *Diktatur in Rußland überwunden* werde, so braucht er «nur» seine Politik der Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion und der sozialen Revolution aufzugeben. Verheißungsvolle Möglichkeiten und ausbaufähige Ansätze für eine Demokratisierung von Staat und Wirtschaft gibt es schon jetzt in Rußland; sie werden sich im selben Maß entfalten, da der äußere Druck aufhört und die Sowjetunion einzig der friedlichen Erschließung ihrer Hilfsquellen und dem Aufbau des Sozialismus leben kann.

6. Auch für die *Weltdemokratie* liegt die einzige Rettung in der entschlossenen Lösung vom Kapitalismus und in der Verbindung mit der Bewegung für eine gründliche soziale Umwälzung. In dem gegenwärtigen Weltklima, hineingestellt in den Kampf zwischen Gegenrevolution und Gewaltrevolution, müßte sie auf die Dauer unfehlbar zugrunde gehen. Für den *Sozialismus* vollends ist die saubere Distanzierung vom bürgerlichen Antikommunismus einfach eine Lebensfrage. Im Bunde mit der kapitalistischen Demokratie und sogar mit der sozialen und politischen Reaktion zuerst einmal den Kommunismus erledigen zu wollen, um sich nachher in Gemütsruhe dem evolutionären Aufbau einer sozialistischen Ordnung widmen zu können – das verrät eine derartige Tatsachenblindheit und eine derartige Aufweichung sozialistischen Willens, daß man nur immer wieder staunen muß, wie

solche Entartung eines Teils der sozialistischen Bewegung überhaupt möglich war. Ich muß es immer und immer wiederholen: Der Sozialismus *darf* sich nicht nach rechts drängen lassen. Er muß, gerade in der heutigen Weltlage, nicht nur freiheitlich, sondern auch radikal sein – oder er wird nicht sein. Und statt auf internationalem Boden durch Anlehnung an den Westen die Aufspaltung der Welt in zwei feindliche Blöcke noch zu fördern, sollte der Sozialismus, besonders der europäische, an der Bildung einer «Dritten Region» arbeiten, die, mit freundschaftlichen Verbindungen nach beiden Seiten, auf eigenen Füßen stünde, und ohne deren Mitwirkung ein Krieg zwischen Rußland und Amerika gar nicht möglich wäre.

Die Ereignisse Ich hoffe, die Leser und Leserinnen werden mir die vorstehende Auseinandersetzung über unsere grundsätzliche Orientierung im Kampfgewühl der Zeit nicht allzu übelnehmen; sie war unerläßlich. Allein ich mußte dafür eben den größten Teil des knappen Raumes opfern, der mir für meine beiden Rundschauen zugemessen ist. Und so kann ich nun – unter gänzlichem Verzicht auf eine sachlich zwar notwendige Schweizerische Rundschau – über die Weltereignisse der Berichtszeit nur mehr eine ganz summarische Übersicht, gleichsam aus der Vogelschau, geben, das Gesagte einfach noch durch ein paar rasche Seitenlichter illustrierend.

In den *Vereinigten Staaten* geht es immer noch um die Europahilfe. Der Notkredit für Frankreich, Italien und Österreich ist von der Bundesversammlung fast einmütig bewilligt worden, und die Hauptvorlage wird innert kurzem wohl auch unter Dach sein – alles im Zeichen des Kampfes gegen die «rote Gefahr», von der Amerika geradezu hypnotisiert ist[1]. Der Sinn der ganzen Aktion wird wahrscheinlich durch eine Anleihe auch an das China Tschiang Kai-Sheks, das in seinem Kampf gegen die Kommunisten zu erlahmen droht, noch besonders unterstrichen werden. Bezeichnend für die geistige Lage in Amerika ist übrigens das Umsichgreifen einer judenfeindlichen Bewegung, die, wie in einer aufschlußreichen Artikelreihe der «New Republic» gesagt wird, in mancher Hinsicht schon stärker sei, als sie es in Deutschland vor Hitlers Aufkommen war. Erfreulicherweise schlafen aber auch die Gegenkräfte nicht; ein von Präsident Truman eingesetzter Ausschuß veröffentlicht soeben einen Bericht, der die vollständige Aufhebung aller gegen die Neger gerichteten Maßnahmen empfiehlt. Auch unter den Frauen – die eben in Amerikas öffentlichem Leben wirklich etwas zu sagen haben . . . – zeichne sich eine Bewegung gegen Teue-

[1] Eine in der Hearstpresse – 20 bis 30 Millionen Amerikaner nähren sich davon geistig jeden Tag – veröffentlichte Rede des gefeierten Kriegsfliegers Eddie Rickenbacker gehört zum Ärgsten, was mir an Russenhetze bisher überhaupt vor die Augen gekommen ist.

rung und Kriegsgefahr ab. Nur besteht eben vorderhand leider keinerlei Aussicht, daß die Opposition gegen den vorherrschenden Kurs auch irgendwie durchzudringen vermöge.

In *Großbritannien* droht die Lebensmittelkrise zur eigentlichen Katastrophe zu werden, während die Produktionsleistungen in der Industrie eher steigen. Daß trotz den Wirtschaftsschwierigkeiten und trotz einem Höchstmaß von konservativer Demagogie bei einer Reihe von Ersatzwahlen ins Unterhaus, die in den vergangenen Wochen stattgefunden haben, die Labourpartei zwar einen Teil ihrer Stimmen, aber keinen einzigen Sitz verloren hat, bestätigt unsere Deutung des Ausfalles der Gemeindewahlen, die eben auch in England nicht unter dem gleichen Gesichtspunkt durchgekämpft werden wie die Parlamentswahlen. Der «New Statesman» bemerkt etwas boshaft, die Konservativen hätten keinerlei Hoffnung auf eine Rückkehr zur Macht, solange sie Churchill nicht losgeworden seien, der mit seinen «großartigen Phrasen» sich selber zum besten halte . . .

Die Lage in *Frankreich* bleibt unübersichtlich. Daß die Kommunisten die Streikbewegung zu politischen Zwecken auszunützen suchen, ist zwar klar; doch sollten gerade wir, die wir die phantastische Bösartigkeit kennen, mit der unser Bürgertum den Generalstreik von 1918 ein paar Jahrzehnte lang gegen die Linke ausgeschlachtet hat, vorsichtig sein in der Beurteilung dieser Zwecke. Der einzige Erfolg der kommunistischen Strategie war bisher die Stärkung der Reaktion. Die Regierung Schuman, in der das Finanz- und Wirtschaftsministerium dem gaullistischen «Radikalen» René Mayer anvertraut ist und die Ministerien des Äußeren, der Verteidigung und der Landwirtschaft von katholischen Konservativen verwaltet werden, während die Behandlung der Arbeitskonflikte und die Aufrechterhaltung der Ordnung bei zwei erprobten Rechtssozialisten am besten aufgehoben ist, zeigt sich wirklich «auf der Höhe ihrer Aufgabe»: mit Truppenaufgeboten, mit Unnachgiebigkeit auch gegenüber sehr berechtigten Forderungen der Arbeiter und namentlich mit einem Gesetz zum Schutze der «Arbeitsfreiheit», das sich mit dem entsprechenden neuen amerikanischen Gesetz getrost messen kann, sucht sie die Streikbewegung gründlich zu brechen – und das wird ihr voraussichtlich auch ganz gut gelingen. De Gaulle aber wird den Boden trefflich vorbereitet finden[1]!

[1] Inzwischen hat die Regierung Schuman tatsächlich die Streikbewegung zerschlagen. Die «Ordnungsmächte» in der ganzen Welt jubeln – und die französischen Sozialisten stimmen in den Jubel ein. Die Kurzsichtigen! Mit *solchen* Mitteln ist der «Umsturz» nicht zu bannen. Die kommunistische Bewegung ist nur durch einen ganz ernsthaften, entschlossenen Sozialismus zu überwinden. In Frankreich wäre zunächst einmal eine soziale Planwirtschaft aufzubauen, die der Teuerung und der Verarmung der Arbeiterschaft Einhalt geböte und das Volkseinkommen neu verteilte. Daß dazu die Regierung Schuman oder gar eine solche de Gaulles unfähig und gar nicht willens ist, versteht sich von selbst. Ähnliches gilt von *Italien*, wo die Regierung de Gasperi einen kurzen Generalstreik in der Provinz Rom ebenfalls gebrochen hat.

In *Italien* hat es die klerikal-rechtsbürgerliche Regierung weniger leicht als in Frankreich, mit der sozialen Bewegung fertig zu werden, zumal der ebenfalls kommunistisch geführte Gewerkschaftsbund das Schwergewicht nicht auf Lohnforderungen legt, sondern auf das Begehren nach industrieller Demokratie. Dazu kommt, daß die feudale Ausbeutungswirtschaft in Süditalien und auf Sizilien einen mit Terror arbeitenden Neufaschismus erzeugt hat, der auch der Regierung unbequem zu werden beginnt und die Linke klar ins Recht setzt.

In *Spanien* nichts Neues, es sei denn, daß sich unter Bevins Patronat Rechtssozialisten und Monarchisten in der Emigration brüderlich zusammengefunden haben, um ein «neues Regime» zu begründen.

In *Deutschland* (und Österreich) gewinnen dank britisch-französischer Passivität und amerikanischer Aktivität die alten reaktionären und kapitalistischen Mächte langsam, aber sicher ihre Stellungen zurück. Wenn man schon einmal die Deutschen Demokratie lehren wollte, so haben die Westmächte – die Russen gehen ihre eigenen Wege – ihre Aufgabe denkbar ungeschickt angefaßt. Ein militärisches Besetzungsregime, das den Deutschen tagtäglich Anschauungsunterricht in Diktatur gibt, ist für die Erziehung zur Demokratie von vornherein wenig geeignet. Dazu kommen dann die grotesken Fehlgriffe, die bei der Denazifizierung gemacht wurden und weiter gemacht werden, kommt die offenbar widersinnige Art, wie der Abbau der deutschen Industrie vorgenommen werden soll, kommt namentlich die schwere Unterernährung der nichtbäuerlichen Schichten, die auch nur halbwegs annehmbare Arbeitsleistungen ausschließt, und die Zerrüttung von Wirtschaft und Moral, die der Schwarzhandel bewirkt. Kurz, das deutsche Chaos ist so weit wie je davon entfernt, gebändigt zu sein. Kommt es denn wirklich der Quadratur des Kreises gleich, Deutschlands Wiederaufrichtung als Kriegsmacht zu verhindern und doch dem deutschen Volke den Weg zu friedlicher Arbeit aufzutun? Soviel ist jedenfalls klar: Wenn Deutschland keine neue Lebenshoffnung findet, werden nur Nationalismus und Faschismus im Lande der europäischen Mitte wieder obenaufkommen; Friede und Freiheit aber werden abermals die Besiegten sein.

Ausblick Die internationale Sozialistenkonferenz in Antwerpen spiegelte mit ihren Kompromißbeschlüssen die ganze Zerrissenheit und Richtungslosigkeit der *sozialistischen Bewegung* wider. Sie hat aber doch soviel politischen Instinkt bewiesen, daß sie die offene Schwenkung nach rechts vermied, die besonders die Holländer und Amerikaner ihr zumuteten. Das heißt freilich nicht, daß die einzelnen sozialistischen Landesparteien, soweit sie nicht schon längst rechts von der Mitte stehen, die Wendung zu einem durchaus bürgerlich gefärbten Antikommunismus nicht von sich aus doch vor-

nehmen könnten. Ansätze dazu zeigen sich in verschiedenen Landesparteien, auch in der einst so vorbildlich gesinnungstreuen *österreichischen* Sozialdemokratie, von der die «Neue Zürcher Zeitung» letzthin in einem Wiener Brief zu rühmen wußte: «Die Sozialisten haben einen kleinen Linksflügel . . . , aber die überwältigende Mehrheit . . . folgt einer streng demokratischen (lies: antikommunistischen und antirussischen) Orientierung. Die alte Schule des Marxismus ist ausgestorben[1].» Am weitesten ist in dieser Richtung bisher die *französische* Sozialdemokratie gegangen. Eine Zeitlang hielt sie zwar den Schein aufrecht, als stelle sie den Gaullismus auf die gleiche Stufe wie den Kommunismus; dann ließ sie sich aber schon bei den Gemeindewahlen bedenklich tief mit den Gaullisten ein, und als vollends der Versuch Léon Blums zur Bildung eines – natürlich bürgerlich orientierten – «Kabinetts der Mitte» gescheitert war, trat sie ohne Zögern in die Regierung Schuman ein, die nun wirklich eindeutig antikommunistisch und progaullistisch eingestellt ist. Das bringt die französischen Sozialisten in eine unhaltbare Lage. Wollen sie nicht die Regierung verlassen und dann eben, unter Abspaltung ihres rechten Flügels, doch an die Seite der Kommunisten gedrängt werden, so werden sie unweigerlich die Gefangenen der Gegenrevolution sein und ihren Sozialismus vollends ganz liquidieren müssen.

Ob wohl die *tschechische* Sozialdemokratie, die Fierlinger und Erban, die Hauptvertreter des Linkskurses in Partei und Gewerkschaft, weggewählt hat, einen ähnlichen Weg gehen und zusammen mit den (linksbürgerlichen) Nationalsozialen (der Partei von Benesch) Front gegen die Kommunisten machen werden? Der «kalte Krieg» zwischen Ost und West hat auf jeden Fall auch die *Gewerkschaftsbewegung* ergriffen; er spielt nicht nur in die nationalen Gewerkschaftsorganisationen, besonders die französische und die amerikanische, hinein, sondern auch in die internationalen Berufsverbände (Transportarbeiter) und in den Internationalen Gewerkschaftsbund, der, wie seine jüngste Pariser Tagung gezeigt hat, durch diesen Gegensatz nahezu gelähmt ist und als weltpolitische Kraft (er war einmal eine!) ebenso ausscheidet wie die Sozialistische Internationale.

Und nun, darf ich zum Schluß, statt selber etwas in diese Weihnachts- und Jahreswendzeit hineinzusagen, ein Wort von Leonhard

---

[1] Es ist interessant, daß im gleichen Zürcher Blatt auch der Rechtsschwenkung der *englischen Liberalen* Beifall gezollt wird, unter Anführung eines Ausspruchs von Lord Simon (der übrigens ein Hauptträger der unheilvollen Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Nazismus und Faschismus war), wonach «die möglichst baldige Beseitigung der sozialistischen Herrschaft das wichtigste Ziel aller verantwortungsbewußten Wähler sei, die nur mit vereinten Kräften (von Liberalen und Konservativen) herbeigeführt werden könne». Bei den Rechtssozialisten heißt «das wichtigste Ziel»: möglichst baldige Beseitigung der Sowjetherrschaft und der kommunistischen Bewegung. Sonst ist die Grundhaltung hier wie dort genau die gleiche.

Ragaz anführen, das, schon 1919 niedergeschrieben, heute doppelt gegenwärtig wirkt? Es steht in seinem Beitrag zu dem Sammelband «Ein sozialistisches Programm» und lautet, für *beide* Richtungen in der gesamtsozialistischen Bewegung gültig:

«Der Kapitalismus wird sich zu letzten, furchtbaren Formen zusammenballen, vielleicht auch der Individualismus, ja sogar der Militarismus und Imperialismus. Das braucht uns nicht zu schrecken, im Gegenteil. Durch solche Spannung der Gegensätze pflegt sich der geschichtliche Fortschritt zu vollziehen. Diese Zusammenballung der Gegenmächte ist für den Sozialismus eine Weissagung seines nahen Sieges. Die alte Welt muß sich, nachdem sie sich im Weltkrieg offenbart, noch in andern, noch furchtbareren Formen kundtun, um endgültig zu stürzen. *Nur eines ist nötig: daß der Sozialismus im Kampfe mit dieser Welt nicht sich selbst an sie verrate. Das ist seine große Gefahr.*»

Gehen wir mit diesem Licht auf unserem Wege ins neue Jahr des Kampfes und der Erprobung hinein!

10. Dezember. *Hugo Kramer.*

Weihnachtsworte von Leonhard Ragaz

Es *gibt* ein Licht, das von keiner Finsternis ergriffen wird, weder von der politischen noch von der religiösen noch von der seelischen, das aber selbst alle ergreifen will und kann. Denn es ist nicht ein bloß ruhig strahlendes, sondern ein wärmendes, ein verzehrendes, ein schaffendes Licht, ein ewig neues: «Es werde Licht!», das nicht aufhört, bis die Erde zur Schöpfung Gottes neu geschaffen ist. «Ich bin gekommen, ein Feuer anzuzünden auf Erden, und wie wollte ich, es brennte schon.» Es brennt und wird brennen – es hat ergriffen und wird ergreifen. An Weihnachten und Jahreswende aber scheint es uns als Licht der Freude. (1935).

Christus, nicht das Christentum ist unsere Weihnachtsfreude. Und nicht bloß ein abstraktes Christusbild, sondern *Jesus*, der Menschensohn, als Christus. Und in ihm der lebendige Gott, der Gott der Welt und *unser* Gott. Gerade dieser Blick auf die kommende, ja schon angebrochene Revolution Christi oder des Christentums hilft uns, das Christfest dieses Jahres *echt* zu feiern. Wir sehen gerade jetzt, wie eine ganze Welt, die christlich-nichtchristlich ist, also das Christentum wie die Welt, zusammenbricht, damit Christus selbst und mit ihm die Welt Christi neu hervorbrechen können. Für mich ist dies das höchste Erleben. Es macht mich in aller Welt- und Höllenfinsternis unserer Zeiten immer wieder unermeßlich froh und reich. Und es ist auch meine größte Weihnachtsfreude, mein größter Weihnachtsreichtum. Es ist